

Nr. 11

Juli 2007

Informationen der CDU-
Gemeinderatsfraktion
Karlsruhe

Redaktion
Gabriele Luczak-Schwarz
Kerstin Rudolph

V.i.S.d.P.
Kerstin Rudolph



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Anfang Juli 2007 erreichte uns die freudige Nachricht aus Stuttgart: Die Landesregierung Baden-Württemberg hat den Antrag Karlsruhes auf Bezuschussung der **Kombi-Lösung** genehmigt. Ab dem Jahr 2010 wird die Kombi-Lösung bei derzeit geschätzten 500 Millionen Euro Gesamtkosten mit zwölf Jahresraten in Höhe von je 8,4 Millionen Euro, also 20 %, gefördert. 60 % und damit 300 Millionen Euro sind aus GVFG-Mitteln des Bundes zu erwarten. Die verbleibenden 100 Millionen Euro sind von der Karlsruher Schieneninfrastruktur-Gesellschaft mbH (KASIG) aufzubringen. Mit dem Bau kann nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens und der Ausschreibungsphase voraussichtlich im Jahr 2009 begonnen werden.

Die CDU-Fraktion dankt insbesondere Innenminister Heribert Rech, der sich gemäß seiner Zusage persönlich für den Landeszuschuss eingesetzt hat, aber auch Ministerpräsident Günther Oettinger für diese Entscheidung „pro Kombi-Lösung“. Vor allem aber gilt unser Dank Oberbürgermeister Heinz Fenrich, der unermüdlich und auf allen Ebenen für „sein Kind“ geworben hat. Die CDU-Fraktion stand von Anfang an hinter der Kombi-Lösung. Wir freuen uns daher besonders, dass nun der Durchbruch gelungen ist.

Mit der Verwirklichung der Kombi-Lösung wird sich das Gesicht unserer Innenstadt komplett verändern: Die straßenbahnfreie Kaiserstraße lädt noch mehr als bisher zum Flanieren ein und infolge des Umbaus der Kriegsstraße wird unsere City nach Süden erweitert. Für die regionale Wirtschaft ist das Projekt von großer Bedeutung und es eröffnet neue Möglichkeiten der Stadtentwicklung.

Die CDU-Fraktion freut sich auf den Baubeginn. Karlsruhe hat viel vor - wir stehen dahinter!

Ende Mai 2007 hat der Gemeinderat den **Doppelhaushalt 2007/2008** verabschiedet. Die CDU-Fraktion konnte einige Akzente setzen: Für die Sanierung der KMK-Hallen am Festplatz wurden auf unseren Antrag hin 1,8 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Da die

Haus- und Veranstaltungstechnik in den Gebäuden sehr veraltet ist, gab es zuletzt Vermarktungsschwierigkeiten. Nun ist es möglich, mit Hilfe der vorgesehenen Verbesserungsmaßnahmen, die Beleuchtung, Beschallung, Heizung, Lüftung, Sanitär, aber auch Maschinenteknik betreffen, die Attraktivität der Hallen zu steigern. Zugestimmt wurde darüber hinaus unserem Antrag, 869.000 Euro für den dringend erforderlichen Neubau der Jugendverkehrsschule am Engländerplatz zu bewilligen. Zusammen mit FDP und KAL ist es weiterhin gelungen, für die Erweiterung des Tollhauses und die Verlagerung des Substage Geldmittel einzustellen. Eine zeitnahe und zügige Verlagerung des Substage ist vor allem auch deshalb geboten, weil der aktuelle Standort in der Fußgängerunterführung am Ettlinger Tor ein zentraler Knotenpunkt im Rahmen der Umsetzung der Kombi-Lösung sein wird. Eingesetzt hatten wir uns außerdem für das Projekt „Frühe Prävention“, das sich an Eltern mit Kindern im Alter von bis zu drei Jahren in schwierigen Lebenssituationen richtet, und die Angleichung der Entgelte für Kindertageseinrichtungen der freien Träger und der Stadt Karlsruhe. Wichtig war uns zudem die Bereitstellung von Geldmitteln für die Entwicklung eines Anti-Gewalt-Programms für Kinder und Jugendliche. Für die Sanierung von Schulhöfen wurden zusätzlich 100.000 Euro bewilligt. Nachdem wir zuvor bereits einen Antrag auf Erstellung einer Prioritätenliste für Schulhofsanierungen eingebracht hatten, wollen wir mit diesem Geldbetrag erreichen, dass die notwendigen Maßnahmen schneller durchgeführt werden können. Alle unsere Anträge können Sie auf unserer Homepage nachlesen.



**Fraktionsvorsitzender
Wolfram Jäger**

Enttäuscht sind wir über die Entscheidung der **Pfizer GmbH**, ihre Deutschlandzentrale nach Berlin zu verlegen. Damit verabschiedet sich ein Traditionsunternehmen, dessen Name viele Jahre mit unserer Stadt verbunden war und dem Karlsruhe Vieles zu verdanken hat. Besonders bedauerlich ist, dass Karlsruhe und der gesamten TechnologieRegion zahlreiche Arbeitsplätze verloren gehen. Hart trifft uns außerdem, dass Pfizer zugleich der größte Gewerbesteuerzahler der Stadt ist und folglich erhebliche finanzielle Einbußen zu erwarten sind. Die CDU-Fraktion unterstützt die Bemühungen von Oberbürgermeister Heinz Fenrich nachdrücklich und hofft, dass das Unternehmen in letzter Minute möglicherweise doch noch dazu bewogen werden kann, diesen einschneidenden und überraschenden Schritt zumindest in diesem Umfang nicht zu vollziehen.

Ihr
Wolfram Jäger
Fraktionsvorsitzender

Die CDU-Fraktion trauert um

Otto Dullenkopf

**Oberbürgermeister von 1970 bis 1986
Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe**

Otto Dullenkopf ist am 10. Juli 2007
im Alter von 87 Jahren verstorben.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Jahresempfang von CDU-Fraktion und CDU Karlsruhe im Konzerthaus

Beim gemeinsamen Jahresempfang von CDU-Gemeinderatsfraktion und CDU-Kreisverband Karlsruhe-Stadt konnte Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger Anfang Juli 2007 wieder zahlreiche Gäste im Konzerthaus begrüßen. Da am gleichen Tag die Landesregierung ihre Entscheidung zur Kombi-Lösung bekannt gegeben hatte, stellte Jäger dieses Thema in den Mittelpunkt seiner Ansprache. Die mit dem Einkaufszentrum Ettlinger Tor begonnene Entwicklung der City nach Süden erhalte hierdurch zusätzlichen Auftrieb, sagte Jäger und ließ dann seinen Blick in die Zukunft schweifen: „Zum Jahresempfang 2016 werden Sie die U-Strab-Haltestelle Kongresszentrum benutzen, zuvor bereits dem neu gestalteten Zoo oder dem Karlsruher Laboratorium in der Nancy-Halle einen Besuch abgestattet haben und schließlich das Ambiente eines ertüchtigten Kongresszentrums genießen.“

Als Festredner konnte Peter Boudgoust, seit 1. Mai 2007 Intendant des SWR, gewonnen werden. Der 52-jährige Jurist sprach zum Thema „Vielfalt oder neue Unübersichtlichkeit - Wie meistern wir die digitale Revolution? Über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der digitalen Medienwelt.“

Boudgoust nahm die Zuhörer zunächst mit auf eine Reise in die Vergangenheit und stellte fest, dass „das Grammophon geradezu Lichtjahre von den Geräten entfernt ist, die heute in den Ohren der Menschen gesehen werden können.“ Und: „Dem Grammophon lauschte man noch in Gemeinschaft - bei iPod und Co. ist diese Gemeinschaft zersprengt.“ Jeder bestimme heute selbst, was er hört und sieht. Darin liege ein wesentlicher Aspekt einer gesellschaftli-

chen Entwicklung, die man durchaus kritisch sehen, aber nicht ignorieren könne, nämlich die Individualisierung.

Da die digitalen Medien heute immer mehr genutzt würden, müsse auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk dort verstärkt präsent sein. Denn: „Nicht in den digitalen Plattformen vertreten zu sein, hieße

eine ganze Generation auszuschließen, was ein klarer Verstoß gegen den gesetzlichen Auftrag zur Grundversorgung wäre“, so Peter Boudgoust.

„Hochwertige Medien sind ein Standortvorteil für unser Land, weil informierte Bürgerinnen und Bürger ein Standortvorteil sind“, erklärte der Intendant weiter. So seien beispielsweise auch mittelständische Unternehmer, die den aktuellen Aufschwung tragen, für ihre Wertschöpfung auf informierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk dürfe jedoch niemals elitär sein, denn letztlich „zahlen alle für unsere Leistungen, also sind wir auch allen verpflichtet.“ Insgesamt hätten die deutschen Medien einen guten Ruf.

Diesen gelte es in die digitale Welt zu überführen und dort zu verteidigen, womöglich zu mehren, sagte Boudgoust abschließend.

CDU-Kreisvorsitzender und Stadtrat Ingo Wellenreuther MdB forderte in seinem Schlusswort, auf die Einführung von Gebühren auf Internet-PC zu verzichten. „Auch Unternehmen und Forschungseinrichtungen sind im Arbeitsalltag auf die Verwendung solcher Geräte angewiesen“, erläuterte er. Schon an diesem Beispiel könne man erkennen, dass diese zusätzliche Gebühr zu ungerechtfertigten Belastungen führe.



(v. li.) Ingo Wellenreuther MdB, OB Heinz Fenrich, Peter Boudgoust, Wolfram Jäger

Aus dem Gemeinderat

Brötchentaste wird beibehalten

Nachdem die CDU-Fraktion die Brötchentaste ursprünglich beantragt und sich in den vergangenen Wochen und Monaten für deren Beibehaltung eingesetzt hat, hat der Gemeinderat nun mehrheitlich entschieden, dass diese kundenfreundliche Parkmöglichkeit in Durlach und Mühlburg auch zukünftig bestehen soll. Wir freuen uns über diese Entscheidung und hoffen, dass die Missbrauchsraten deutlich sinken werden.

Douglashof heißt jetzt Sparkassenhof

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat der Gemeinderat beschlossen, den Douglashof in Sparkassenhof umzubenennen. Die Sparkasse befindet sich in ihrem 195. Geschäftsjahr und ist damit zugleich eines der traditionsreichsten Unternehmen in Karlsruhe. Kürzlich wurde der Hauptgebäude-Neubau eröffnet. Der Hof wurde auf Kosten der Sparkasse neu angelegt und begrünt.

Park-and-Ride-Platz bei Wolfartsweier

In einem Antrag hatte die CDU-Fraktion angeregt, in der Wendeschleife der Straßenbahn bei Wolfartsweier einen Park-and-Ride-Platz anzulegen. Da sich einige Wohngebiete in großer Entfernung zu den Bushaltestellen befinden und zum Teil Pendler schon jetzt ihre Pkw in den umliegenden Anliegerstraßen parken, um dann auf die Straßenbahn umzusteigen, besteht ein Bedarf nach diesem P+R-Platz. Die Verwaltung wird den Vorschlag daher nochmals prüfen.

Anträge und Anfragen der CDU-Fraktion

Blaue Tonne gefährdet Vereinsarbeit

Seit kurzem bietet ein privates Unternehmen die blaue Tonne, deren Leerung kostenlos sein soll, an. Altpapier wird zur Zeit über die rote Wertstofftonne entsorgt. Darüber hinaus sammeln in vielen Stadtteilen Vereine oder Kirchengemeinden Altpapier ein. Die Erlöse werden regelmäßig in die Jugendarbeit investiert. Die CDU-Fraktion unterstützt dieses Engagement nachdrücklich und will diese Einnahmemöglichkeit für die Vereine unbedingt erhalten. Mit Hilfe einer Anfrage wollen die Stadträte Wolfram Jäger, Gabriele Luczak-Schwarz und Thorsten Ehlgötz nun Klarheit über die Auswirkungen der blauen Tonne erlangen.

Neue graue Ansichten im Stadtbild

Die Deutsche Telekom hat damit begonnen, im Stadtgebiet ihre neuen Multifunktionsgehäuse, in denen die Technik für das Hochgeschwindigkeitsnetz VDSL untergebracht wird, aufzubauen. VDSL arbeitet mit höheren Geschwindigkeiten und erlaubt die parallele Nutzung verschiedener Dienste. Rein technisch gesehen ergibt sich damit ein innovativer Schub für unsere Stadt. Allerdings sind die neuen grauen Kästen höher, breiter und tiefer als die bisherigen Gehäuse und verändern damit das Stadtbild an vielen Stellen erheblich. Da inzwischen auch zahlreiche Beschwerden aus der Bevölkerung vorliegen, haben sich die Stadträte Wolfram Jäger und Bernhard Weick mit einer Anfrage an die Stadtverwaltung gewandt und um umfassende Auskunft gebeten.

EnBW stärkt ihren Kraftwerksstandort im Karlsruher Rheinhafen

In der Juli-Sitzung hat der Gemeinderat beschlossen, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans zur Erweiterung des Rheinhafen-Dampfkraftwerks (RDK) der EnBW um einen mit Steinkohle befeuerten Block und eine Gas- und Dampfturbinenanlage fortzusetzen.

Vor allem die Bevölkerung in den westlichen Stadtteilen sorgt sich um mögliche Zusatzbelastungen durch den neuen Kohleblock. Die CDU-Fraktion nimmt diese Ängste sehr ernst. „Allerdings haben Gutachten eindeutig ergeben, dass insbesondere die Stickstoffdioxid- und Feinstaubimmissionen klar unter der Irrelevanzgrenze liegen“, stellte Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz fest. Dies gelte auch dann, wenn man die geplanten Anlagen von Stora Enso und Palm mit einbezieht.

In ihrer Stellungnahme zum immissionsschutzrechtlichen Verfahren fordert die Stadt - auch auf unser Betreiben hin - eine ausdrückliche Prüfung, inwieweit die EnBW durch Übertragung moderner Techniken auf ihre Altanlagen die Emissionsanforderungen zusätzlich erhöhen kann. Durch konkrete Festlegungen zum Beispiel bezüglich des Schwermetallgehalts in der Steinkohle sollen die Immissionen weiter reduziert werden. Die CDU-Fraktion appelliert zudem an die EnBW, die Forschung für eine emissionsfreie Verstromung von Kohle auszuweiten.

Die Stromversorgung ist für eine industrielle Gesellschaft elementar. Das Kohlekraftwerk der EnBW wird die Energieversorgung im Grundlastbereich sichern, sein Wirkungsgrad ist mit 46 % sehr hoch. Es zeichnet sich durch eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um rund 30 % gegenüber dem Weltdurchschnitt und rund 15 % gegenüber den EnBW-Altanlagen aus. Hinzu kommt, dass der Neubau einen bereits vorhandenen Block ersetzt. Auch deshalb werden die CO₂-Emissionen überregional nicht erhöht.

Dennoch fragen sich viele Bürgerinnen und Bürger, weshalb nicht alle Kohlekraftwerke durch weniger CO₂-emittierende moderne Gaswerke ersetzt werden. Die Endlichkeit von Erdgas und die

Abhängigkeit von Russland sprechen dafür, andere Formen der Energiegewinnung zu bevorzugen. „Eine wirkliche Alternative wäre die Verlängerung der Laufzeiten unserer Atommeiler“, so Gabriele Luczak-Schwarz, umweltpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. „Aber diese Entscheidung können wir im Gemeinderat nicht fällen, hier sind andere politische Akteure gefragt.“ Unredlich sei es zu behaupten, dass die erneuerbaren Energien heute schon die Grundversorgung sicherstellen könnten. Dies werde frühestens in einigen Jahrzehnten der Fall sein.

Die EnBW hat sich für eine „Durchlaufkühlung mit Ablaufkühler“ entschieden. Der hierfür benötigte Kühlturm ist mit 80 m erheblich niedriger und damit städtebaulich weitaus verträglicher als dies bei anderen Varianten der Fall gewesen wäre. Die gewässerökologische Verträglichkeit ist bestätigt. Zudem hat die EnBW zugesagt, mit Hilfe eines Freiraumkonzepts und einer Architektenmehrfachbeauftragung die Auswirkungen insgesamt möglichst gering zu halten.

Die unternehmerische Entscheidung von EnBW, am Standort Karlsruhe zwei große Projekte zu realisieren, ist zugleich eine Entscheidung für den Wirtschaftsstandort Karlsruhe. EnBW investiert in zehnstelliger Höhe und schafft und sichert damit Arbeitsplätze. Die Sekundäreffekte für unseren Mittelstand dürfen nicht unterschätzt werden.

Bei einem Besuch im RDK informierte sich die CDU-Fraktion vor Ort über die Pläne der EnBW. „Nach umfassender Abwägung aller Argumente sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass das Vorhaben für die Zukunft unserer Stadt positiv ist und das Verfahren fortgesetzt werden soll“, sagte Gabriele Luczak-Schwarz abschließend.



Studentenstadt Karlsruhe

Die Stadt Eppelheim bietet Studenten die Möglichkeit, ihre Studiengebühren durch gemeinnützige Tätigkeit (zum Beispiel in Kindergärten, bei der Feuerwehr oder im Seniorenheim) zu erarbeiten. Finanziert wird die Kampagne durch die Aktion „Erstwohnsitz in Eppelheim“: Pro Erstwohnsitz und Jahr erhält die Stadt vom Land einen bestimmten Zuschussbetrag im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Da in Karlsruhe nach wie vor viele der ca. 30.600 Studenten nicht mit Erstwohnsitz gemeldet sind, könnte ein solches Angebot den Anreiz erhöhen, den Hauptwohnsitz hierher zu verlegen. Durch die gemeinnützige Arbeit könnten Lücken geschlossen und zugleich bewirkt werden, dass sich die Studenten aktiv in unserer Stadt einbringen und sich mit ihr identifizieren. Eine Anfrage der Stadträte Wolfram Jäger, Tilman Pfannkuch und Bettina Meier-Augenstein soll daher klären, ob ein vergleichbares Projekt in Karlsruhe gestartet werden könnte.

Nicht-Raucherschutz gesetzlich verankert

Zum 1. August 2007 soll in Baden-Württemberg das Landesnicht-Raucherschutzgesetz, das einen umfassenden Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren des Passivrauchens im öffentlichen Raum gewährleisten soll, in Kraft treten. In den Dienstgebäuden der Stadtverwaltung gibt es bereits ein grundsätzliches Rauchverbot. Das Rauchen ist nur noch in gekennzeichneten Bereichen außerhalb von Dienst- und Verhandlungsräumen gestattet. Auch während Sitzungen, in Dienstwagen oder in Sanitärräumen ist es nicht mehr erlaubt. Die Stadträte Wolfram Jäger und Gabriele Luczak-Schwarz haben die Verwaltung um Auskunft gebeten, welche Erfahrungen sie bisher gemacht hat und wie die Regelung insgesamt akzeptiert wird.

Hallennutzung oftmals zu kostspielig

Die städtischen Hallen sind größtenteils steuerpflichtig an die Karlsruher Sportstätten-Betriebs-GmbH (KSBG) vermietet. Diese vergibt die Gebäude an die örtlichen Vereine; manche Hallen werden auch direkt durch die Ortsverwaltungen vermietet. In einigen Stadtteilen werden die Hallen von den ortsansässigen Vereinen jedoch kaum noch belegt. Grund hierfür sind die immer höheren Kosten, der Mietzins stellt dabei einen wesentlichen Faktor dar. Hätten die Vereine die Möglichkeit, die Gebäude einmal pro Jahr für eine Veranstaltung mietkostenfrei zu nutzen, würde man hiermit die Vereinstätigkeit wesentlich unterstützen und zugleich das wichtige und große ehrenamtliche Engagement honorieren. Die Stadträte Wolfram Jäger und Tilman Pfannkuch bitten die Stadtverwaltung daher zu überprüfen, ob ein entsprechendes Konzept denkbar ist.

Blaue Briefe gegen Alkoholmissbrauch

Die Stadt Singen erprobt ein Modell, wonach die Personalien von Jugendlichen, die in der Öffentlichkeit alkoholisiert von der Polizei angetroffen werden, aufgenommen und an die Ortschaftspolizeibehörde weitergeleitet werden. Die Eltern der Jugendlichen erhalten zeitnah einen „blauen Brief“ der Stadtverwaltung, der sie über das Verhalten ihrer Kinder informiert. Zugleich wird ein Bußgeld angedroht, sollte der Jugendliche erneut auffallen. Die Stadträte Wolfram Jäger und Andreas Erlecke haben nun beantragt, dass die Stadtverwaltung die zuständigen Ausschüsse über das Singener Modell informiert und prüft, ob dem in Karlsruhe bereits vorhandenen Gesamtkonzept zu Maßnahmen gegen den Alkoholmissbrauch ein entsprechender Baustein hinzugefügt werden kann.

CDU-Fraktion vor Ort:

Am **Montag, 1. Oktober 2007**, besucht die CDU-Fraktion **Stupferich** und informiert sich über die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.

Sie sind alle herzlich eingeladen, mit uns zu diskutieren.

Beginn: 20.00 Uhr

Ort: Gasthaus „Zum Goldenen Lamm“
Karlsbader Straße 2



Fraktionsvorsitzender **Wolfram Jäger (li.)** und **Andreas Welter**, Vorsitzender des CDU-Ortsverbands Knielingen

CDU-Fraktion vor Ort in Knielingen

Beim Bürgergespräch in der voll besetzten Gaststätte „Zur Rose“ ging es zunächst um die 2. Rheinbrücke und die Nordtangente. „Die CDU-Fraktion versteht die Sorgen der Knielinger Bürgerinnen und Bürger und nimmt diese sehr ernst,“ sagte Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger. „Dennoch sind wir der Ansicht, dass im Norden unserer Stadt dringend eine wirksame Entlastungsstraße erforderlich ist.“ Allerdings wolle auch die CDU-Fraktion nicht, dass eine Stadt-Autobahn entsteht oder dass Knielingen erheblichen Zusatzverkehr aufnehmen muss. Es müsse daher unbedingt die menschen- und umweltverträglichste Trassenführung verwirklicht werden. Weil für die Planungen zur Rheinbrücke das Regierungspräsidium zuständig ist, habe die Stadt Karlsruhe hier nur wenige Möglichkeiten einer echten Einflussnahme. Stadtrat Thorsten Ehlgötz betonte, es sei zunächst wichtig, den Bau der Nordtangente-Ost vollständig und zeitnah abzuschließen. Diskutiert wurde außerdem über die Neubaupläne von EnBW und Stora Enso im Rheinhafen.

Die Entwicklung der Knielinger Konversionsflächen und das dort neu entstehende Baugebiet wurden von den Anwesenden als sehr positiv bewertet. Wegen der Errichtung eines Seniorenwohnheims stehe die Volkswohnung GmbH bereits in Kontakt mit verschiedenen Betreibern, berichtete Stadträtin Marianne Krug. Man hoffe hier auf eine zügige Verwirklichung.

Stadtrat Detlef Hofmann bedauerte, dass die gemeinsamen Verlagerungspläne von TV und VfB Knielingen ins Stocken geraten sind. Er sagte zu, in weiteren Gesprächen nach Lösungswegen zu suchen.

Wegen der volltrunkenen Jugendlichen, die sich regelmäßig auf dem Spielplatz in der Eggensteiner Straße aufhalten, und der fehlenden Hinweisschilder zur Reinhold-Crocoll-Halle hat sich die CDU-Fraktion inzwischen an die Stadtverwaltung gewandt und um Abhilfe gebeten.



Begeisterte Radfahrer: **Tilman Pfannkuch (li.)**, **Dr. Thomas Müller (Mitte)**, **Detlef Hofmann (2. v. re.)**

Volksradfahren der RSG Karlsruhe

Im Juni 2007 veranstaltete die Radsportgemeinschaft Karlsruhe wieder ihr schon traditionelles Volksradfahren im Karlsruher Hardtwald. Start- und Zielpunkt war an der Gustav-Jacob-Hütte.

Unter den zahlreichen Teilnehmern waren auch die CDU-Stadträte Detlef Hofmann, Dr. Thomas Müller und Tilman Pfannkuch. Auch in diesem Jahr konnten sie den Pokal für die am stärksten vertretene Fraktion entgegennehmen.

Herzlichen Glückwunsch zu diesem erfolgreichen sportlichen Einsatz!

Die Stadträtinnen und Stadträte der CDU-Fraktion wünschen Ihnen allen eine schöne und erholsame Sommer-Ferienzeit:



Wolfram Jäger
Bettina Meier-Augenstein
Christiane Staab
Manfred Bilger
Thorsten Ehlgötz
Gabriele Luczak-Schwarz
Tilman Pfannkuch

Ingo Wellenreuther MdB
Rainer Weinbrecht
Hubert Buchmüller
Andreas Erlecke
Dr. Klaus Heilgeist
Detlef Hofmann

Dr. Albert Käuflein
Marianne Krug
Sven Maier
Dr. Thomas Müller
Dr. Hans-Jürgen Vogt
Bernhard Weick

Die CDU-Fraktion erreichen Sie über unsere Fraktionsgeschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführerin Kerstin Rudolph / Hebelstraße 13 / 76133 Karlsruhe

Fon: 0721 - 2 95 94 / Fax: 0721 - 2 86 63 / Email: cdu@fraktion.karlsruhe.de / Web: www1.karlsruhe.de/gemeinderat/cdu-fraktion